



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Gewerkschaft
der Polizei NRW

4.000 Landesbeschäftigte senden in Düsseldorf ein klares Zeichen an die Arbeitgeber der Länder

Düsseldorf, den 25. November 2021

Am heutigen Donnerstag (25.11.) sind rund 4.000 Landesbeschäftigte den Streik- und Demoaufrufen von ver.di, dbb tarifunion, GEW und GdP nach Düsseldorf gefolgt. Vor dem Landtag kamen unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen und Abstandsregeln Beschäftigte der Unikliniken, der Justiz, der Landesverwaltung und Hochschulen, sowie Lehrer und Polizistinnen für eine Abschlusskundgebung zusammen. Im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern der Tarifrunde der Länder (TdL) am 27. und 28. November in Potsdam setzten sie somit ein klares Zeichen.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke erklärte: „Die Empörung der Beschäftigten über das Verhalten der Arbeitgeber in den Ländertarifverhandlungen wächst von Tag zu Tag. Es wird als Respektlosigkeit wahrgenommen, dass die Länderfinanzminister so tun, als gäbe es keine Überlastung, keinen Personalmangel und keine Corona-Pandemie. – Wir fordern die Länder auf, ihre Verweigerungshaltung in den Verhandlungen aufzugeben, in der dritten und entscheidenden Runde allen Beschäftigten entgegenzukommen und vor allem den besonderen Belastungen im Gesundheitswesen Rechnung zu tragen. Ohne ein spürbares Entgegenkommen dort ist eine Einigung nicht denkbar.“

Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender: „Während die Inflationsrate in Deutschland immer weiter steigt, mauern sich die Länderarbeitgeber ein und verweigern jeden realen Einkommenszuwachs. Das ist angesichts der Leistungen, die die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst gerade während der Covid-Pandemie erbracht haben, mehr als nur ungerecht. Das ist eine Provokation und wir sind heute hier, um gegen diese Provokation zu protestieren!“

Die Kernforderungen der Gewerkschaften lauten:

Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 5 Prozent, mindestens aber um 150 Euro, für Beschäftigte im Gesundheitswesen um mindestens 300 Euro, monatlich erhöht werden. Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen und Praktikanten sollen um 100 Euro monatlich erhöht werden. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.

Pressekontakte vor Ort:

- Lisa Isabell Wiese (ver.di NRW): 0160/90406939
- Uwe Groß (DBB NRW): 0152/28425201
- Christoph Alt (GEW NRW): 0160/96403751
- Stephan Hegger (GdP NRW): 0172/2774715